

Sexuelle Übergriffe, Amokläufe und Gewaltandrohungen scheinen sich auch in Deutschland zu Bedrohungsszenarien des öffentlichen Lebens zu entwickeln. Doch trifft dies auch auf Hochschulen zu, an denen sich als zivilisiert und sozial gut integriert geltende Menschen befinden, die weniger von ihren Impulsen als von ihrem Reflexionsvermögen gesteuert werden? Wie viel Gewalt, Machtmissbrauch und Bedrohung spielt sich unter der Oberfläche der feinen akademischen Gesellschaft ab? Und wie viel davon ist bekannt oder wird gar aus Angst, Opportunismus und Ignoranz in den eigenen Reihen toleriert oder unter den Tisch gekehrt? Das Bild von grabschenden Professoren, stalkenden Ehemaligen und anonyme Drohmails versendenden Studierenden, die allesamt psychisch gestört sind, passt nicht so recht zum Selbstverständnis unserer Hochschulen. Einige wenige Hochschulleitungen haben inzwischen erkannt, dass sie nicht weiter wegschauen dürfen und dringend ein professionelles Bedrohungsmanagement aufbauen müssen.

DANGER ! DANGER ! DANGER ! DANGER !

TEXT: VERONIKA RENKES

Beim Amoklauf auf dem Campus der Virginia Polytechnic Institute and State University in Blacksburg, USA, tötete im April 2007 ein Student 32 Menschen, verletzte 29 weitere und erschoss sich anschließend selbst. War das „typisch“ amerikanisch oder könnten solche Gewaltexzesse auch bei uns passieren, fragten sich danach aufgeschreckt die Verantwortlichen an deutschen Hochschulleitungen und -verwaltungen. Und in der Tat kamen in der Folgezeit eine Reihe schwerer Gewalttaten ans Licht, die möglicherweise früher unter den Tisch gekehrt oder aber zumindest im stillen Kämmerlein geregelt worden wären. Wie etwa im Dezember 2010, als ein Doktorand, mit gleich drei Waffen ausgestattet, seinen Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München aufsuchte. Angeblich wollte er nur seine Doktorarbeit mit ihm besprechen, ihm aber nichts antun. Der damals 34-Jährige wurde daraufhin wegen des Verdachts, psychisch erkrankt zu sein, in eine Klinik eingewiesen.

VIELE WUSSTEN DAVON UND SCHAUTEN WEG

Doch nicht nur Studierende, Doktoranden oder ehemalige Mitarbeiter gehören zum potenziellen Täterkreis, sondern auch hochangesehene Hochschullehrer und Wissenschaftsmanager. Ein Fall, der besonders viel Aufsehen erregte und durch die Medien ging, ist der des ehemaligen Präsidenten der Münchner Hochschule für Musik und Theater, Siegfried Mauser, und des mit ihm befreundeten Musikprofessors Hans-Jürgen von Bose. Beide sollen sich in den letzten 30 Jahren sexueller Verfehlungen vor allem gegenüber Studentinnen und Studenten schuldig gemacht haben – das geht unter anderem aus einer schriftlichen Anfrage der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen an den bayerischen Landtag vom 14. Mai 2018 hervor.

Alarmiert davon, dass so viel Machtmissbrauch und Gewalttätigkeit über viele Jahre lang an der eigenen Hochschule ohne irgendwelche Konsequenzen und ohne offenen Widerstand möglich war, beschloss die neu installierte Leitung der Münchner Musikhochschule umgehend diverse Maßnahmen, die das Vertrauensverhältnis zwischen Studierenden und Dozenten und auch den Hochschulmitarbeitern untereinander wieder herstellen sollte. So wurde als einer der ersten Schritte eine anonyme Umfrage unter 800 Studierenden und Beschäftigten zu den Vorfällen durchgeführt. In 230 Fällen berichteten die Befragten von „anzüglichen Bemerkungen“ (115), „anzüglichen Gesten“ (56), „Angrabschen oder absichtlichen Berührungen“ (34), „Zeigen der Genitalien“ (9), „Zwang zu sexuellen Handlungen“ (8), „Androhen von Nachteilen wegen abgelehnter Annäherungsversuche“ (7) und es wurde auch eine Vergewaltigung angegeben.

Bis es jedoch zu einer Anklage und Urteilsverkündung wegen der sexuellen Übergriffe kam, ist viel Zeit ins Land gegangen. Die bayerische Staatsregierung erhielt erstmals im Dezember 2012 Hinweise auf die Vorwürfe gegen den Hochschulleiter. Ein Ermittlungserfahren wurde aber erst, infolge

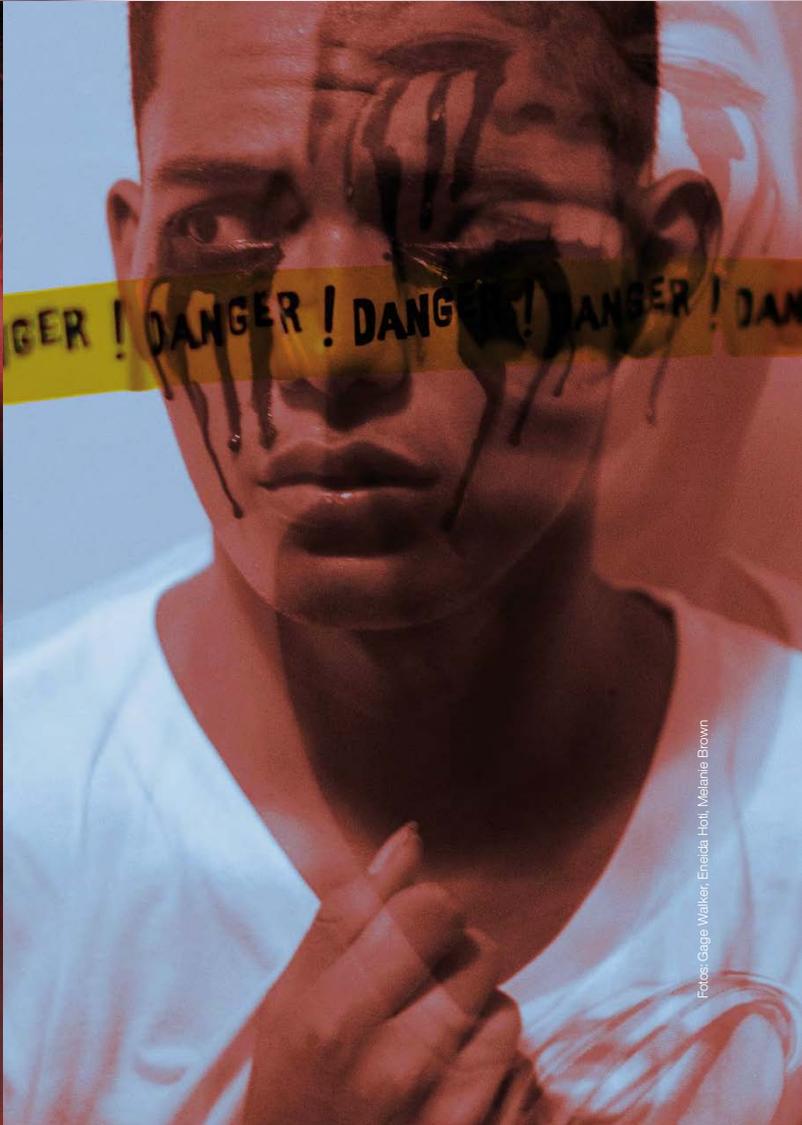
einer Strafanzeige vom 12. Mai 2015, drei Jahre später eingeleitet – wie aus der Antwort der Staatsregierung auf die Anfragen der Grünenfraktion hervorging. Im April 2017 schließlich wurde der Musikwissenschaftler und Konzertpianist Mauser in zweiter Instanz wegen sexueller Nötigung einer Kollegin zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten zur Bewährung verurteilt. Sowohl die Staatsanwaltschaft München als auch der Beschuldigte legten gegen dieses Urteil Revision ein. In einer weiteren Klage aus dem Jahr 2017 wegen Vergewaltigung sprach ihn das Gericht im Mai 2018 frei, jedoch wurde er in zwei Fällen wegen sexueller Nötigung einer Frau zu zwei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Für dieses Verfahren steht eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs über die beantragte Revision noch aus.

Und wie geht es nun an der von diesem Skandal schwer heimgesuchten Münchner Musikhochschule weiter? Die neue Hochschulleitung erließ Richtlinien gegen Machtmissbrauch, Diskriminierung, sexuelle Belästigung und Gewalt, richtete Beratungsstellen ein und ermöglichte ein vereinfachtes Verfahren zum Lehrerwechsel. Denn – so eine der Erkenntnisse der Befragung: Das Verhältnis zwischen Dozent und Student ist an einer Musikhochschule weitaus intensiver als an anderen Hochschulen und kann schnell in eine Abhängigkeit münden, die von Lehrenden und Vorgesetzten ausgenutzt werden kann – auch in Form von sexueller Gewalt, die sich eben nicht nur im zügellosen Hollywood und der Filmbranche abspielt, sondern auch in den Gemäuern von angesehenen Wissenschaftseinrichtungen (Seite 24–27).

GEWALTERFAHRUNG ERHÖHT DIE SUIZIDGEFAHR

Sexuelle Übergriffe und Stalking, Psychoterror und Mobbing, Gewaltandrohungen bis hin zu körperlichen Attacken sind keine Einzelfälle im Hochschulalltag. Dies belegt auch die Tübinger Sicherheitsstudie (TüS), die das Rektorat der Universität Tübingen in Auftrag gegeben hatte und die 2013 veröffentlicht wurde. Demzufolge war schon fast jeder siebte Hochschulangehörige von mindestens einem bedrohlichen Vorfall betroffen und jeder zwanzigste berichtete, selbst Opfer von mindestens einem grenzüberschreitenden Vorfall gewesen zu sein. Besorgniserregend war vor allem auch die hohe Zahl derjenigen Befragten, die infolge der Gewalterfahrungen Suizidgedanken äußerten – ein Anzeichen dafür, dass sie sich von ihrer Hochschule im Stich gelassen fühlten und eine Kultur des Wegschauens herrschte.

Was nicht sein darf, kann nicht sein: Die jüngsten Skandale an der ehrwürdigen Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH), über die die Neue Züricher Zeitung und die Online-Publikation Tsüri.ch immer wieder berichteten, zeigen eindringlich, dass Wegschauen, beharrliches Schweigen und kommunikative Herumtaktiererei eine gern praktizierte Strategie seitens der akademischen Welt in Krisen- und Bedrohungssituationen ist. So stand die ETH bereits Ende 2017 in der Kritik, über längere Zeit Hinweise von Doktoranden auf



systematisches Mobbing seitens eines Professorenpaars ignoriert zu haben. Hinzu kam im September 2018 eine Disziplinaruntersuchung gegen einen Professor am Departement für Architektur. Ihm wurde vorgeworfen, Studentinnen und Dozentinnen sexuell belästigt zu haben. Inzwischen wurde er zwar von diesem Vorwurf entlastet. Allerdings habe er es – so der zuständige Untersuchungsrichter – versäumt, „seine persönlichen und beruflichen Beziehungen adäquat zu trennen, weshalb sein Verhalten nicht im Einklang mit dem Compliance Guide der ETH Zürich ist“.

MISERABLES KRISENMANAGEMENT ERHÖHT DAS BEDROHUNGSPOTENZIAL

Im Kodex der ETH für „Unangemessenes Verhalten“ werden ausdrücklich Diskriminierung, sexuelle Belästigung, Mobbing sowie Bedrohung und Gewalt als nicht-tolerierbar aufgeführt. Einen offiziellen Rauswurf seitens der ETH aber hatte das monierte Fehlverhalten nicht zur Folge. Der belastete Architekturprofessor „habe sich dennoch entschieden, aufgrund der erlittenen persönlichen und beruflichen Belastung die ETH Zürich per Ende Juli zu verlassen“, berichtete Anfang Februar 2019 Tsüri.ch. Die Taktik der ETH, sich um klare Worte zu drücken, das Delikt nicht offen beim Namen zu nennen und keine personellen Konsequenzen daraus zu ziehen, spiegelte sich übrigens in der gesamten Kommunikationsarbeit der Pressestelle der ETH wider: So verweigerte sie der DUZ die Freigabe eines Interviews über das Bedrohungsmanagement der ETH mit der zuständigen Leiterin der Abteilung für Sicherheit, Gesundheit, Umwelt. Sie zog es einfach zurück, obwohl ihr die Redaktion – wie üblich bei Interviews – ermöglicht hatte, den Text zu prüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. Auch das eine verbreitete, wenngleich wenig intelligente Art der Krisenkommunikation.

Der Umgang der ETH mit den an die Öffentlichkeit gelangten Gewaltdelikten von einigen ihrer Repräsentanten irritiert umso mehr, weil die Züricher als Pioniere für hochschulisches Bedrohungs- und Krisenmanagement in Europa gelten und bereits 2008 damit begonnen hatten, ein entsprechendes Team und vernetzte Strukturen aufzubauen. Ganz offensichtlich greift dies alles noch nicht so richtig, wenn die Bedrohung von Hochschullehrern ausgeht und sich gegen von ihnen abhängige Hochschulmitglieder richtet.

VIELE HOCHSCHULEN HABEN VON PRÄVENTION KEINE AHNUNG

Ein wichtiger Baustein, um der oft, aber nicht immer nur im Verborgenen lauenden Gewalt an Hochschulen Einhalt zu gebieten, sind Präventionsmaßnahmen und ein Sicherheitskonzept, die die gesamte Institution mit einbeziehen. Zu diesem Schritt entschloss sich die Hochschulleitung der Universität Tübingen 2010 und beauftragte das hochschul-eigene Institut für Kriminologie mit der Durchführung einer Sicherheitsstudie. Der Auftrag bestand unter anderem darin, die spezifischen Gegebenheiten an der Tübinger Universität zu analysieren und daraus passende, vor allem vorbeugende

Maßnahmen zu entwickeln. Damit reagierte das Hochschulmanagement unter anderem auf den Amoklauf eines Schülers 2009 in Winnenden, der 13 Menschen erschoss und sich – nach einer Irrfahrt, die auch durch Tübingen führte – das Leben nahm.

Ein weiterer Grund für den Vorstoß der Tübinger war die Zunahme minderjähriger Studierender – bedingt durch das G8-Abitur und die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht –, was den Hochschulen schlagartig bewusst machte, dass sie hier eine besondere Verantwortung zu tragen hatten. Die in diesem Kontext entstandene Tübinger Sicherheitsstudie (TüS) führte denn auch deutlich vor Augen, dass Gewalt an Hochschulen weit verbreiteter ist als angenommen und dass hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Gewalttaten im Vorfeld zu erkennen, richtig einzuschätzen und zu verhindern – das stellt die meisten Hochschulen vor besondere Herausforderungen, weiß Jens Hoffmann. Der Kriminalpsychologe und Experte für Fallanalysen und Täterprofile hat das Dynamische Risiko Analyse System (DyRIAS) entwickelt. Mit dieser Software, die seit 2009 von Schulen und der Polizei genutzt wird, ist es möglich, Risiken für die Entstehung von schwerer Gewalt, Amokläufen und Gewalt an Intimpartnern einzuschätzen. Sein Darmstädter Institut für Psychologie und Bedrohungsmanagement bildet Präventions- und Krisenmanager aus und unterstützt Behörden, Unternehmen und Hochschulen darin, ein wirksames Bedrohungsmanagement aufzubauen.

BEDROHUNG DURCH PSYCHISCH KRANKE UND GEWALTBEREITE EXTREMISTEN

Für den Sicherheitsexperten Hoffmann steht fest: „Gerade Hochschulen, die meist frei zugänglich und dezentral organisiert sind, deren Lehr- und Lernbetrieb bis in die Abendstunden hinein reicht, mit einem Kommen und Gehen von Personen, die sich meist nicht kennen, bieten Raum für vielfältige Bedrohungssituationen.“ Dazu zählt auch, dass einige Universitätsbibliotheken rund um die Uhr geöffnet haben und dass Lehre und Forschung häufig in längerfristigen Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden beiderlei Geschlechts stattfinden. „Das kann auch zu sexuell motivierten Übergriffen, Mobbing und Stalking führen“, hat Hoffmann beobachtet. Und auch das Zusammenleben von Studierenden unterschiedlicher Nationalitäten kann Gewaltpotenzial bergen – von Spannungen und Missverständnissen bis hin zu offen ausgelebten Diskriminierungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Als einen Grund für Gewalteskalation betrachtet Kriminalpsychologe Hoffmann den anonymen Lehrbetrieb, ohne Sozialkontakte und mit extrem hohen Leistungsanforderungen: „In einem solchen Umfeld, ohne soziale Einbindung und Unterstützung, kann es schnell dazu kommen, dass Studierende in eine Krise geraten oder sogar psychisch erkranken. Dabei werden sie manchmal zu einer Bedrohung für sich selbst und auch für andere.“ So würden die häufigsten Bedrohungssze-

narien von psychisch auffälligen Studierenden ausgelöst, die zum Beispiel an einem paranoiden Wahn leiden, sich selbst verfolgt und bedroht fühlen. „Aus Angst vor den anderen und um sich selbst zu schützen, neigen solche Menschen in Einzelfällen dazu, Waffen zu tragen und diese selten auch einzusetzen. Sie fallen gelegentlich durch eine hohe Aggressionsbereitschaft auf“, so Hoffmann. Der Experte für Profiling warnt jedoch davor, psychisch Kranke zu stigmatisieren und stellt klar: „Die meisten psychisch Kranken werden niemals gewalttätig. Hier gilt es, falsche Vorurteile zu korrigieren.“

Und eine Personengruppe, die die Verantwortlichen an den Hochschulen bislang überhaupt nicht im Visier hatten, sind radikalisierte Studierende (Seite 12–14), meist aus dem rechtsextremen Lager, die andersdenkende Studierende und Dozenten bedrohen, sie attackieren und mit Psychoterror einzuschüchtern suchen. Bedrohungsexperte Hoffmann prognostiziert denn auch: „Das Thema politische Radikalisierung an Hochschulen wird künftig noch zunehmen, auch islamistische Personen und Linksautonome sind nach wie vor ein Thema, ebenso wie bedrohliche Cyberkommunikation.“ Letztere bietet den Tätern einen geschützten Raum, um anonyme Nachrichten, Gewaltandrohungen, imageschädigende Bildmontagen, Verunglimpfungen und Psychoterror ungehemmt auszuleben – und ohne Angst vor Strafe, da ihr kriminelles Tun nur sehr schwer zurückverfolgt werden kann.

HOHES RISIKO BEI DROHUNGEN SEITENS EHEMALIGER INTIMPARTNER

Das größte Bedrohungsrisiko – haben Hoffmann und sein Team herausgefunden – stellen Drohungen und Stalking gegenüber gegenwärtigen oder ehemaligen Intimpartnern dar, die in einer schweren Gewalttat eskalieren können. Das kann so weit gehen, dass Studentinnen von ihren früheren Intimpartnern oder Kommilitonen vergewaltigt, schwer verletzt oder sogar getötet werden. Auch wenn es nicht immer in einem Tötungsdelikt enden muss: Gewaltdrohungen und Stalking lösen bei den Betroffenen starke Angstgefühle, Schlafstörungen und Konzentrationsschwierigkeiten aus. Sie schmälern die Lebensfreude und Vitalität und sie können zu einem drastischen Leistungsabfall führen. Das Dilemma, in dem viele der Betroffenen stecken: „Sie können einfach nicht einschätzen, wie realistisch die Umsetzung einer Gewaltdrohung ist, und reagieren deshalb mit großer Angst“, berichtet Jens Hoffmann.

Um den Hochschulmitgliedern ein sicheres Umfeld zu bieten, empfehlen die Experten der TüS, dass eine Hochschule sich als soziale Hochschule definieren und präventive Maßnahmen ergreifen sollte. Ausdrücklich raten sie ab von Überwachungskameras, Zutrittsbeschränkungen und einer Campus-Polizei. Wichtiger sei es vielmehr, die Mitarbeiter in Verwaltung und

„Mitarbeiter in Verwaltung und Bibliotheken durch Schulungen sensibilisieren“

Bibliotheken zum Beispiel im Rahmen von Schulungen für das Thema zu sensibilisieren sowie Durchsagemöglichkeiten in zentralen Gebäuden und einen abendlichen Begleitservice auf dem Campus anzubieten. Ganz ähnlich sieht es auch Jens Hoffmann. Er empfiehlt, das Bedrohungsmanagement nicht alleine auf die Prävention von schwerer Gewalt und Amokläufen zu fokussieren. Vielmehr sollte es die Früherkennung und das Fallmanagement von bedrohlichen Verhaltensweisen im Blick haben. Das diene nicht nur der Gewaltprävention, sondern könne auch dazu beitragen, die teilweise massiven psychischen Auswirkungen von bedrohlichem Verhalten auf Hochschulangehörige zu mildern. Mit einem systematisch betriebenen Bedrohungsmanagement sei es möglich, Vorzeichen zu identifizieren und Gewalteskalationen zu verhindern – so Hoffmann. „Ziel sollte sein, dass kein Hochschulangehöriger Angst haben muss vor physischer Gewalt, vor Drohungen oder Stalking und dass sich keiner – weder ein Student noch eine Dozentin noch ein Verwaltungsangestellter – mit seiner Angst allein gelassen fühlt“, fordert der Kriminalpsychologe.

GUT VERNETZEN MIT EXTERNEN EXPERTEN

Doch wie gelingt es, einen solchen alle Statusgruppen und Hochschulbereiche umfassenden Ansatz umzusetzen, wie dies zum Beispiel die Technische Universität Darmstadt (Seite 30–31) und die Universität Bielefeld (Seite 28–29) tun? Wichtig sei zuallererst, dass an der Hochschule bekannt gemacht wird, dass dort jeder einen Anspruch darauf hat, gewalt- und angstfrei zu arbeiten und zu studieren und dass dieses Statement von der Hochschulleitung in die Hochschule hinein getragen wird – empfiehlt Sicherheitsberater Hoffmann. Ein weiterer zentraler Schritt sei der Aufbau eines Bedrohungsmanagementteams und das Signal an die Hochschulangehörigen, dass sich jeder an dieses Team wenden kann.

Wirksam sei die Arbeit eines solchen Teams jedoch nur – so Jens Hoffmann –, wenn es aus einer festen Kernmannschaft mit möglichst unbefristeten Stellen bestehe. Denn die Erfahrungen der Teammitglieder sind wichtig für die spätere Fallarbeit. Neben dem Bedrohungsmanagementteam, das die notwendigen Strukturen, Maßnahmen und Prozesse in die Wege leitet und aufbaut, sollte Personal aus anderen relevanten Bereichen der Hochschule involviert werden: aus Studierenden- und Personalangelegenheiten, Kommunikation, Hochschulleitung sowie den psychologischen Diensten und Konflikt- und Sozialberatungsstellen der Studentenwerke. Und ganz wichtig: Die Hochschulen sollten sich nicht davor scheuen, fallbezogen auch externe Experten einzubeziehen – zum Beispiel aus Polizei, psychiatrischen Kliniken und Beratungsstellen. „Mit zunehmender Fallerfahrung und einem regen Austausch mit Netzwerkpartnern können die Hochschulen sich eine sehr große Kompetenz zur Bewältigung von Bedrohung aneignen“, ist Jens Hoffmann überzeugt. //